ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald
März 2024

Guten Tag!

Die lauten Bauernproteste in der ersten Januarhälfte mit ihren ***„Die Ampel muss weg"*-Forderungen** ist den Regierungsparteien heftig in die Glieder gefahren. Die Angst vor deutlichen Wahlniederlagen steht den Regierenden ins Gesicht geschrieben. Da könnte so manches Pöstchen verloren gehen. Die Antwort folgte auf dem Fuße, indem das Medienunternehmen **„Correktiv"** zeitnah einen Skandal offenbarte, von einem Treffen von AfD und CDU-Politikern mit dem österreichischen Nazi Martin Sellner. Was genau in der Potsdamer Villa besprochen wurde, blieb zwar weitgehend unbekannt, aber der Begriff „Remigration", also die Abschiebung von Asylsuchenden, soll gefallen sein. Worin genau der Paukenschlag der Enthüllung durch „Correktiv" bestehen soll, ist eher fraglich, denn das Abschieben von Migranten ist doch das Kernthema der AfD, mit dem sie auf Stimmenfang geht. Es gibt wohl noch einen Unterschied zwischen der rigorosen Abschiebungsforderung der AfD und den diesbezüglichen Plänen der Ampelparteien, aber die Annäherung in den Positionen wird in der Aussage von Bundeskanzler Olaf Scholz deutlich, ***„Wir müssen endlich im großen Stil abschieben"*** welches er am 20. Oktober 2023 in einem Interview im Spiegel forderte. Am 19. Januar 2024 hat der Bundestag das „Rückführungsverbesserungsgesetz" beschlossen um leichter abschieben zu können.

Es ist ein gutes Zeichen, dass Hunderttausende Demonstranten für Demokratie und Menschenrechte protestieren. Fragwürdig wird es, wenn sich auf den **„Gegen-Rechts-Demos“** Politiker von SPD, Grüne, FDP, CDU/CSU auf die Rednertribünen drängen. Sie sind es, die für die Rechtsentwicklung und den Demokratieabbau verantwortlich sind, und die durch ihre schlechte Regierungsführung der AfD die Wähler in die Arme treiben. Aufrüstung, Kriegsertüchtigung, Sanktionen, Beteiligung am Ukrainekrieg auf Kosten des Wohlstandes der Bevölkerung, sind die Ursachen dieser Rechtsentwicklung, gegen die wir uns wehren müssen.

R. Weber

Wer ist Correktiv?

Wer gedacht hat, dass dieses Medienunternehmen eine Organisation sei, welches nach objektiven Kriterien für ausgewogene Nachrichten sorgen und Lügen entlarven würde, der irrt. Correktiv, welches sich angeblich als Fakten-Checker ausgibt und für die Objektivität und Wahrhaftigkeit in der Berichterstattung dargestellt wird, wird mit Millionenbeträgen aus Oligarchen-Stiftungen und durch die Regierung finanziert, und betreibt deren Informationspolitik. Correktiv erfüllt für den Staat eine lebenswichtige Aufgabe: Seine gesamte Kraft für die Unterdrückung abweichender Meinungen einzusetzen.

R. Weber

Das Problem mit den Flüchtlingen

Regierung und Opposition arbeiten sich an diesem Problem ab und gehen damit auf Stimmenfang. Wer ist am radikalsten beim Abschieben und Abfangen von Flüchtlingsströmen? So stellt sich die Debatte dar. Völlig übersehen werden die Ursachen der Migration, obwohl sie offen zutage treten. Eine davon sind die Kriege, die die Menschen in die Flucht treiben, und an den meisten davon ist Deutschland aktiv be-

teiligt. Afghanen, Iraker und Syrer kommen in Scharen, nachdem wir ihre Länder zerstört und ihnen die Lebensgrundlagen genommen haben.
Eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine sind in Deutschland angekommen und suchen Schutz und Unterstützung. Währenddessen liefert Deutschland neben den USA die meisten Waffen in die Ukraine und nimmt im Krieg gegen Russland eine immer stärkere Rolle ein.
Es wird allerhöchste Zeit zu Diplomatie und Verhandlungen zurückzukehren. Die Kriegstreiber in der Regierung müssen weg, bevor sie uns in den 3. Weltkrieg führen!

R. Fertig

Nutznießer AfD

Es zeichnete sich schon lange ab, dass die etablierten Parteien der Ampel, aber auch die große Koalition unter Merkel und Scholz keine Lösungen der anstehenden Probleme parat haben. Die Unfähigkeit dieser Parteien ist Ausdruck einer Systemkrise des Kapitalismus. Die fortwährende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, der Reichtum von Wenigen einerseits und die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten andererseits stößt an ihre Grenzen. Da die Linkspartei infolge innerer Spaltung und Zerfaserung als Alternative weggebrochen ist, ist es den konservativen Kräften gelungen, die AfD als vermeintliche Alternative aufzubauen. Deren Schwerpunktthema ist die Abwehr der Flüchtlingsströme, indem sie die Existenzängste der Bevölkerung wirkungsvoll verstärkt. Diese Zielrichtung wird von den Medien gezielt gefördert, indem das Gesamtbild stark verengt wird.

Kaum ein Wort fällt darüber, dass die AfD wenig für Soziales übrig hat. Als Systempartei ist sie gegen höhere Renten, Löhne und Gehälter. Erbschafts- und Vermögenssteuern lehnt sie ebenso ab wie eine Aussetzung der Schuldenbremse.

Die AfD steht fest an der Seite Israels und schweigt zum Völkermord an den Palästinensern. Die AfD unterstützt militärische Aufrüstung und NATO und unterscheidet sich darin nicht von den übrigen Parteien. Sie ist Fleisch vom Fleische der CDU, nur mit neuem Anstrich.

E. Schnatz

Die DKP tritt zur EU-Wahl am 9. Juni an. Die für die Kandidatur nötigen, mindestens 4000 beglaubigten Unterschriften wurden eingereicht. Wir Kommunistinnen und Kommunisten kandidieren vor allem, um mehr Menschen gegen die Kriegspolitik von NATO, EU und BRD zu mobilisieren. Der Odenwald Kurier nennt dafür acht gute Gründe:

- Wer den Kampf um Frieden, gegen die Kriegspolitik von NATO und EU, gegen Hochrüstung, Waffenlieferungen und Wirtschaftskrieg stärken will,
- wer Frieden mit Russland und China will,
- wer will, dass Deutschland aus NATO und EU austritt und die US-Soldaten und US-Atombomben aus dem Land wirft,
- wer gegen das Kaputtsparen der Öffentlichen Daseinsvorsorge und sinkende Reallöhne nicht auf die Illusion von Sozialpartnerschaft setzen will,
- wer den Abbau demokratischer Rechte und die Uniformität der „Qualitätsmedien“ nicht länger hinnehmen und die „Ruhe an der Heimatfront“ stören will,
- wer Frieden für Palästina will und die Diffamierung jeglicher Kritik an Israel als antisemitisch nicht zulassen will,
- wer internationale Solidarität vorneanstellen will und nicht die Interessen des (deutschen) Monopolkapitals,
- wer nicht will, dass Flüchtende und Migranten danach bewertet werden, ob sie sich für den Profit des Kapitals verwerten lassen,

der muss die DKP wählen.

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold-fertig@t-online.de